

S-11/1

**Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses**

Protokoll

7. Sitzung (nicht öffentlich)

12. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 17.25 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenograph: Stöck

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Genehmigung von Einstellungszusagen an Bewerber für den Vorbereitungsdienst des gehobenen und mittleren Dienstes in der Steuerverwaltung (Einzelplan 12) im Jahr 1991 | 1 |
|----------|--|----------|

Vorlage 11/388

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, das Einverständnis zu

S. 2 A

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Seite

den in der Vorlage 11/388 genannten Einstellungen zu erteilen.

Darüber hinaus empfiehlt der Unterausschuß "Personal" dem Haushalts- und Finanzausschuß, das Einverständnis zu entsprechenden Einstellungszusagen bis zur Höhe von 90 % auch in den übrigen Einzelplänen zu erteilen.

**2 Einrichtung zusätzlicher Planstellen gemäß § 7
Abs. 7 Satz 2 Buchstabe c und § 13 Haushaltsgesetz 1990**

2

Vorlage 11/395

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, gemäß § 7 Abs. 7 Satz 1 Buchstabe c und § 13 Haushaltsgesetz 1990 in die Einrichtung der in der Vorlage 11/395 genannten Stellen einzuwilligen.

S. 3 A

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Seite

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das
Haushaltsjahr 1991**

3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/800 und 11/1250

**hier: Stellenpläne und Personalansätze aus allen
Einzelplänen**

Der Unterausschuß "Personal" behandelt die Stellenpläne und Personalansätze aus allen Einzelplänen und empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß abschließend, den Personaletat entsprechend den Abstimmungen der heutigen Sitzung zu beschließen.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Zu 3: Gesetz über die Ferststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/800 und 11/1250

hier: Stellenpläne und Personalansätze aus allen Einzelplänen

Hinweis: Die Begründungen der Anträge sowie die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 11/400 zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.

Einzelplanübergreifend

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Einrichtung von Frauenreferaten in allen Ministerien mit Ausnahme des Einzelplans 11 (Seite 6, Allg/3)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) bemerkt, seine Fraktion beantrage die Einrichtung von Spiegelreferaten für das Frauenministerium, ähnlich den Spiegelreferaten für das Finanzministerium. Was für das Finanzministerium recht ist, sollte für das Frauenministerium nur billig sein, sagt er.

Abgeordneter Walsken (SPD) meint, die Ministerien müßten, wenn sie ihre Verwaltung entsprechend organisierten, selbst in der Lage sein, derartige Referate einzurichten, d. h. die Stellen selbst zu erwirtschaften. Zusätzliche Mittel sollten dafür nicht bereitgestellt werden.

Der Antrag wird gegen die Fraktion DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Einzelplan 03 - Innenministerium

Kapitel 03 010 - Ministerium

*Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Abbau aller Stellen des Verfassungsschutzes
(Seite 15, 03/1 a)*

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) meint, im Zuge der Ost-West-Entspannung sei die Institution Verfassungsschutz überflüssig geworden und könne daher aufgelöst werden. Durch die Auflösung des Verfassungsschutzes ließen sich die Stellen erwirtschaften, die für andere Aufgaben benötigt würden.

Abgeordneter Walsken (SPD) hält diesen Antrag in der heutigen Sitzung nicht für abstimmungsfähig. Der Unterausschuß "Personal" sollte sich mit der Stellensituation des Verfassungsschutzes allerdings einmal in einer Sitzung nach den Haushaltsplanberatungen beschäftigen. - **Abgeordneter Schittges (CDU)** teilt diese Auffassung.

Abgeordneter Frechen (SPD) weist darauf hin, daß sich sowohl der Innenausschuß als auch die Parlamentarische Kontrollkommission anläßlich des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN mit dem Stellenplan des Verfassungsschutzes befaßt hätten und weiter befaßten. Die Diskussion hierüber sei noch nicht abgeschlossen. Er schlage zum Verfahren vor, der Anregung des Abgeordneten Walsken zu folgen, sobald die Beratungen im Innenausschuß abgeschlossen sei.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) greift den Verfahrensvorschlag des Abgeordneten Frechen auf und erhebt ihn zum Antrag. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen, während der ursprüngliche Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf den Abbau aller Stellen des Verfassungsschutzes gegen die Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt wird.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter); hier: Themenkomplex "Weyerlinge"

Hierzu liegen die aus der Anlage 1 ersichtlichen Anträge vor.

Der **Vorsitzende** spricht sich dafür aus, zu dem Themenkomplex "Weyerlinge" nicht den Anträgen, sondern dem Vorschlag des Gutachterdienstes zu folgen und sämtliche ku-Vermerke auf den 31.12.1995 zu datieren. Zu diesem Zeitpunkt sollte das Innenministerium erneut die Notwendigkeit prüfen. - Der **Unterausschuß** stimmt diesem Vorschlag des Gutachterdienstes bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig zu.

Einzelplan 04 - Justizministerium

Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Zugang von 30 Angestelltenstellen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (Seite 27, 04/7)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) trägt zur Begründung vor, seine Fraktion halte die Ausweitung der Ermittlungs- und Beobachtungskapazität im Bereich der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität für notwendig. Nicht zuletzt der Golfkrieg habe gezeigt, daß die Kontrollen zu lasch und das Fachwissen zu gering sei, um gegen die Wirtschaftskriminalität erfolgreich vorzugehen. Die beantragten Stellen könnten aus dem Stellenplan des Verfassungsschutzes umgesetzt werden. - Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Kapitel 04 070 - Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Angestellten

Antrag der Fraktion der SPD auf Ausbringung von 37 Planstellen und Stellen (Seite 30, 04/11 a)

Abgeordneter Walsken (SPD) führt aus, die Beratungen zu diesem Antrag hätten ergeben, daß nicht alle 37, sondern nur 20 Stellen unmittelbar zur Beschleunigung der Asylverfahren eingesetzt würden. Nach Auffassung seiner Fraktion müsse aber sichergestellt sein, daß alle 37 Stellen dafür verwendet würden. Daher sollten die 17 Stellen, die nicht unmittelbar den Kammern für Asylverfahren zugewiesen worden seien, mit einem Sperrvermerk zugunsten des Haushalts- und Finanzausschusses versehen werden, bis durch einen Bericht des Justizministeriums klargestellt worden sei, daß diese zusätzlichen Stellen ausschließlich für die Beschleunigung von Asylverfahren herangezogen würden.

Leitender Ministerialrat Schneider (Justizministerium) führt aus, die 37 Stellen ließen sich aufteilen in 20 Richterstellen und 17 Stellen des nichtrichterlichen Dienstes. Alle 37 Stellen, betont er, dienten aber der Beschleunigung von Asylverfahren. Bei den 17 Stellen des nichtrichterlichen Dienstes lasse sich ohne weiteres bestimmen, wie sie eingesetzt würden. Die Richterstellen würden jedoch von den Präsidien in ihrer richterlichen Unabhängigkeit verteilt. Von den 20 Richterstellen würden im übrigen 18 auf die Verwaltungsgerichte Münster, Arnsberg und Aachen verteilt, die nach dem vom Landtag beschlossenen Dekonzentrationsgesetz Zuständigkeit für Asylsachen erhalten hätten. Zwei Stellen würden beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen für die Asylsachen benötigt.

Abgeordneter Walsken (SPD) sieht nur durch einen solchen Sperrvermerk die Möglichkeit, auf die Gerichte einzuwirken, daß die zusätzlichen Stellen auch tatsächlich zur Beschleunigung der Asylverfahren eingesetzt würden. - Der Abgeordnete modifiziert seinen Antrag dahin gehend, daß von den 20 Richterstellen 10 mit einem Sperrvermerk zugunsten des Haushalts- und Finanzausschusses versehen würden.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Leiternder Ministerialrat Schneider betont, daß die zusätzlichen Richterstellen nur für Asylsachen zur Verfügung gestellt würden, entspreche auch dem Wunsch des Justizministeriums. Die Verteilung der Stellen obliege aber nun einmal den Präsidien der Gerichte in ihrer richterlichen Unabhängigkeit. Das Justizministerium habe keine Veranlassung, dem zu mißtrauen, daß die Präsidien die Stellen auch tatsächlich für die Asylsachen einsetzten.

Der **Unterausschuß** stimmt dem modifizierten Antrag des Abgeordneten Walsken zu.

Einzelplan 05 - Kultusministerium

Kapitelübergreifend (Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - bis Kapitel 05 440 - öffentliche Kollegschulen -)

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Zugang von 11 000 Stellen für Lehrer usw. (Seite 34, 05/3)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) führt zur Begründung die Berechnung des Landesrechnungshofs an, wonach bis zum Jahre 2000 bei den Lehrern und Lehrerinnen ein Mehrbedarf von 20 000 entstehe. - Dieser Antrag wird gegen die Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kapitel 05 130 - Landesinstitut für Internationale Berufsbildung

Titel 424 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - und Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Antrag der Fraktion der SPD auf Zugang von einer Stelle der Besoldungsgruppe A 15 und einer Stelle der Vergütungsgruppe V c (Seite 40, 05/13)

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Dazu führt **Leitender Ministerialrat Dr. Bröcker (Kultusministerium)** aus, das Landesinstitut für Internationale Berufsbildung habe die Aufgabe, Personen auszubilden, die in den Entwicklungsländern berufliche Fortbildungsmaßnahmen leiteten. Dazu sei es notwendig, in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen - z. B. der Carl-Duisberg-Gesellschaft - Stipendien zu vergeben und Symposien durchzuführen. Der ursprüngliche Haushaltsplanentwurf 1991 habe für das Landesinstitut einen Zugang von einer A-15-Stelle, einer A-14-Stelle und einer Stelle für eine Bürokräft vorgesehen. Durch die mit der Ergänzungsvorlage vorgenommene Streichung dieser Stellen sei die Gefahr entstanden, daß die Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Wirtschaft nicht mehr in dem erstrebten Maße hätte durchgeführt werden können. - Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Beilage 2 zu Kapitel 05 820 - Titel 685 20 - Stiftung "Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen"

Antrag der Fraktion der SPD auf Zugang von 12 Stellen der Vergütungsgruppe VII/VIII (DA 04) und eine Stelle der Vergütungsgruppe VI b (DA 04) (Seite 41, 05/14)

Abgeordneter Walsken (SPD) führt zur Begründung aus, der Sicherheitsdienst der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen sei seinerzeit privatisiert worden. Durch Personalfluktuaton seien angemessene Sicherheitsvorkehrungen aber nicht mehr gegeben. Die SPD-Fraktion schlage daher vor, die Privatisierung rückgängig zu machen. Als Deckung sollten Mittel des Titels 547 10 - Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen -, die zuvor an den Sicherheitsdienst geflossen seien, verwendet werden.

Dabei handele es sich, bestätigt **Ministerialrat Schmiking (Finanzministerium)** auf eine Frage des Abgeordneten Wickel (F.D.P.) um eine kostenneutrale Maßnahme.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) meint, dieses Beispiel zeige sehr deutlich, welche Risiken die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben mit sich bringe. Er bittet die Landesregierung, einen Bericht über die Privatisierung des Sicherheitsdienstes bei der Kunstsammlung NW vorzulegen, aus dem deutlich werde, aus welchen Gründen sie seinerzeit beschlossen worden und warum sie letztendlich gescheitert sei. Im übrigen gibt er zu bedenken, daß es nicht möglich sein werde, die Angestellten des privaten Sicherheitsdienstes sofort zu entlassen. Für eine Übergangszeit werde es daher eine Doppelfinanzierung geben müssen.

Abgeordneter Walsken (SPD) bemerkt, davon, daß die Privatisierung gescheitert sei, könne keine Rede sein. Die Kunstsammlung NW habe in einer gewissen Entwicklungsphase die Auffassung vertreten, daß es sinnvoller sei, den Sicherheitsdienst zu privatisieren. Im Laufe der Zeit sei die Kunstsammlung aber größer geworden. Während dieser Entwicklung hätten sich Zweifel ergeben, ob die Privatisierungsentscheidung richtig gewesen sei. Ein kriminalpolizeiliches Gutachten sei zu dem Ergebnis gelangt, daß es besser wäre, wieder mit eigenem Personal zu arbeiten.

Der **Vorsitzende** hält fest, daß die Landesregierung gebeten werde, einen Bericht zu erstellen. - **Abgeordneter Walsken (SPD)** modifiziert seinen Antrag dahin gehend, die neuen Stellen mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen. Sie sollten nur in dem Umfang freigegeben werden, in dem die Gestellungsverträge mit dem privaten Sicherheitsdienst ausliefen, damit es nicht zu Doppelfinanzierungen komme. - Dieser Antrag wird bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Kapitel 06 172 - Medizinische Einrichtungen der Universität Düsseldorf

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf den Zugang von einer Stelle der Vergütungsgruppe I a BAT - Betriebsarzt/ärztin - und einer Stelle der Vergütungsgruppe VI b BAT - Erzieher/in - (Seite 50, 06/12)

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) trägt zur Begründung vor, der dortige Betriebskindergarten müßte geschlossen werden, wenn nicht zumindest die Stelle für die Erzieherin geschaffen werde. - Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Kapitel 06 180 - Universität Bielefeld

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf den Wegfall von kw-Vermerken bei einer Stelle der Besoldungsgruppe C 4 - Professor für Musik - und einer Stelle der Vergütungsgruppe VII BAT - Werkstattmeister - (Seite 51, 06/13)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) bemerkt, die Stellen würden erforderlich für den Studiengang Ästhetik. Die vorhandene C-4-Stelle solle gestrichen werden, weil der Professor für Musik ausscheide. - Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Kapitel 06 690 - Fachhochschule Bochum

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Zugang von vier Angestelltenstellen für Laboringenieure (Elektrotechnik und Maschinenbau) (Seite 51, 06/14)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) begründet, die Stellen würden benötigt, um die Ausbildung im Bereich Elektrotechnik und Maschinenbau aufrechterhalten zu können. - Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Kapitel 07 010 - Ministerium

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Zugang von sechs Stellen für ein neu zu schaffendes "Schwulen- und Lesbenreferat" (Seite 53, 07/3)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) trägt zur Begründung vor: In einer demokratischen Gesellschaft hätten alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Anspruch darauf, sich in ihrer gesamten Persönlichkeit zu entfalten, zu arbeiten, zu wohnen, sich sozial, politisch und kulturell zu betätigen, ohne dabei Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Staatliche Stellen begegneten den politischen, sozialen und kulturellen Belangen von Lesben und Schwulen zumeist mit Unverständnis. Homosexualität werde als privates Problem abgetan, die Existenz von Schwulen und Lesben als sozialer Gruppen mit eigener Identität und spezifischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen schlichtweg ignoriert.

Auch das Land Nordrhein-Westfalen habe bislang jegliche Initiative zum Abbau gesellschaftlicher Vorurteile gegenüber Homosexualität und zur Förderung schwuler und lesbischer Emanzipation vermissen lassen. In anderen Bundesländern werde dagegen zunehmend erkannt, daß die Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen in einer offenen Gesellschaft mit zu den Aufgaben staatlicher Politik gehöre. Eine Vorreiterrolle habe hierbei West-Berlin eingenommen, welches 1989 ein Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Staatsverwaltung für Jugend, Frauen und Familie eingerichtet habe. Die Landesregierungen von Niedersachsen und Brandenburg hätten unterdessen ebenfalls die Einrichtung von Schwulen- und Lesbenreferaten auf Landesebene beschlossen. - Der Antrag wird gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kapitel 07 510 - Landesstelle für Aussiedler

Antrag der Fraktion der SPD auf Zugang von 25 Angestelltenstellen (Seite 59, 07/14)

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Leitender Ministerialrat Leuchter (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) macht darauf aufmerksam, daß aufgrund der geltenden Wiederbesetzungssperre bei einem Zugang von Stellen andere Stellen eingespart werden müßten. Das sei hier insbesondere aufgrund der hohen Zahl von 25 Stellen nahezu unmöglich.

Staatssekretär Dr. Bentele (Finanzministerium) wirft ein, insbesondere in Häusern mit einem großen nachgeordneten Bereich sei es leicht möglich, Ausgleiche an anderer Stelle herbeizuführen.

Leitender Ministerialrat Leuchter meint, die einzige Möglichkeit, einen Ausgleich anzubieten, sei der Weg über die Titelgruppe 79, deren Stellen nicht der Wiederbesetzungssperre unterlägen.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Kapitel 08 110 - Nachgeordnete Bergverwaltung

Antrag der Fraktion der SPD auf Zugang von zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A 13 h.D., vier Planstellen der Besoldungsgruppe A 10 und zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 g.D. (Seite 61, 08/3)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) hält es für erforderlich, daß die beantragten Stellen mit einem Sperrvermerk versehen würden, da hinsichtlich einiger wesentlicher organisatorischer Fragen - insbesondere der, ob bei der Verbringung von Sonderabfall in Bergwerken nach Bergrecht oder nach Abfallrecht vorzugehen sei - in den parlamentarischen Gremien die Erörterungen noch nicht abgeschlossen seien.

Leitender Ministerialrat Dr. Rasche (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) macht darauf aufmerksam, daß von den beantragten Stellen nur die Hälfte, nämlich eine A 13, zwei A 10 und eine A-9-Stelle, dem Landesober-

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

bergamt zugewiesen werden sollten. Die anderen Stellen sollten in anderen Bereichen, zum Beispiel im Abwasserbereich, eingesetzt werden. Insofern dürfte sich der Sperrvermerk auch nur noch auf die eine Hälfte der Stellen beziehen.

Abgeordneter Walsken (SPD) sagt dazu, seine Fraktion sei bei der Beantragung der Stellen entsprechend ihren internen Informationen und Erkenntnissen davon ausgegangen, daß alle Stellen für den Abfallbereich verwendet würden. Insofern könne er sich das Petitum von Herrn Rasche, nur die Hälfte der Stellen zu sperren, nicht zu eigen machen.

Der Unterausschuß beschließt einstimmig, die Stellen mit einem qualifizierten Sperrvermerk einzurichten. Er geht davon aus, daß die Freigabe der Stellen erst erfolgt, wenn die Beratungen abgeschlossen sind.

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Kapitel 10 220 - Gewerbeaufsichtsämter

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Zugang von insgesamt 120 Planstellen und Stellen (Seite 69, 10/11)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) trägt zur Begründung vor, es sei mittlerweile kein Geheimnis mehr, daß die Gewerbeaufsicht völlig unterbesetzt sei und daß ein ausgebildeter Gewerbeaufsichtsbeamter bzw. eine ausgebildete Gewerbeaufsichtsbeamtin mehr als 1 000 Betriebe zu überprüfen habe. Eine wirksame Überprüfung sei bei dieser Relation nicht mehr gewährleistet. - Der Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Kapitel 12 010 - Ministerium

Ministerialrat Simon (Finanzministerium) macht darauf aufmerksam, daß bei Durchsicht der Ergänzungsvorlage aufgefallen sei, daß im Stellenplan des Kapitels 12 010 für die Besoldungsgruppe A 11 aufgrund eines Übertragungsfehlers falsche Zahlen aufgenommen worden seien: Die bisherige Stellenzahl sei nicht 16, sondern 41 und die neue Stellenzahl nicht 13, sondern 38. Außerdem sei eine Schlüsselung zurückgenommen worden. Dadurch änderten sich die Stellenzahlen bei den Besoldungsgruppen B 2, A 16, A 15 und A 14.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) hält es für notwendig, daß dieser Punkt erneut im Haushalts- und Finanzausschuß beraten werde, da sich die Beschlußgrundlagen wesentlich verändert hätten.

Staatssekretär Dr. Bentele (Finanzministerium) sagt zu, eine Vorlage, die den Stellenplan des Kapitels 12 010 komplett berichtige, so schnell wie möglich, d. h. zur Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses, ansonsten spätestens zur dritten Lesung, einzureichen.

*

Der **Staatssekretär** macht bei dieser Gelegenheit auf folgendes Problem aufmerksam: Die Landesregierung sei bisher davon ausgegangen, daß die Berechnung und die Auszahlung der Bezüge in den fünf neuen Ländern einheitlich von Sachsen mit Hilfe von Bayern unter Anwendung des dortigen Rechnersystems geleistet würden. Bayern und Sachsen hätten nunmehr kurzfristig mitgeteilt, daß dies nicht mehr möglich sei, da ihre Kapazitäten überlastet seien. Das Land Brandenburg stehe daher vor der Schwierigkeit, nach dem 1. Juni dieses Jahres nicht mehr eigene Berechnungen der Bezüge und Auszahlungen anstellen zu können.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sei bereit, daß diese Berechnungen vorübergehend vom Landesamt für Besoldung und Versorgung in Nordrhein-Westfalen wahrgenommen werde, wenn darüber ein Konsens unter den Fraktionen herbeigeführt werden könnte. Benötigt würden jeweils drei zusätzliche Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und drei zusätzliche Planstellen der Besoldungsgruppe A 7.

Der Unterausschuß ist der Auffassung, daß diese Planstellen über § 7 Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Haushaltsgesetz 1990 eingerichtet werden sollten. Er fordert die Landesregierung auf, eine entsprechende Vorlage für den Haushalts- und Finanzausschuß zu erstellen.

*

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektion und Finanzämter

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Zugang von insgesamt 250 Planstellen und Stellen (Seite 72, 12/4)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) führt aus, im Bereich der Betriebsprüfung gebe es ein erhebliches Defizit. Die Zahl der Betriebsprüfer sei seit 1978 von 3 344 auf 3 270 gesunken, während die Zahl der Betriebe im gleichen Zeitraum von 713 232 auf 944 737 gestiegen sei. Die von seiner Fraktion geforderten zusätzlichen Einstellungen würden zu Steuermehreinnahmen von 250 Millionen bis 350 Millionen DM führen, und das bei einem Aufwand von nur 15 Millionen DM.

Abgeordneter Walsken (SPD) legt dar, auch nach Auffassung der SPD-Fraktion müsse der Bereich Betriebsprüfung effizienter gestaltet werden. Dazu sei von der Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, dem man nicht vorgehen sollte. Er halte es im übrigen für wichtig, daß hier eine bundeseinheitliche Regelung getroffen werde, und zwar deshalb, damit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in jedem Bundesland weitgehend identisch seien. Im übrigen sei die Rechnung, daß die von der Fraktion DIE GRÜNEN geforderten

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

Einstellungen Steuermehreinnahmen von bis zu 350 Millionen DM mehr bringen würden, nicht richtig, da diese Mehreinnahmen nicht ausschließlich in die Kassen des Landes, sondern auch in die des Bundes und der Gemeinden fließen.

Ministerialdirigent Kalenberg (Finanzministerium), der Leiter des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik", führt erläuternd aus, der Arbeitsstab habe angeregt, die Organisation und den Personalbestand der Betriebsprüfung durch ein Wirtschaftsprüfungunternehmen, das auch Kenntnisse auf dem Gebiet der Betriebsprüfung habe, untersuchen zu lassen. Dieses Gutachten werde für September/Oktober 1991 erwartet. Ferner habe das Finanzministerium ein Gutachten bei Professor Bethge, dem "Papst auf dem Gebiet der Betriebswirtschaftslehre" in Auftrag gegeben. Zweck dieses wissenschaftlichen Gutachtens sei es festzustellen, ob die Möglichkeit bestehe, schon im vorhinein Kriterien hinsichtlich der prüfungsbedürftigen Betriebe aufzustellen. Bisher sei es nämlich so, daß bei 10 % der geprüften Betriebe keine Beanstandungen gefunden würden. Es läge daher im Interesse der Effizienz der Betriebsprüfung, wenn derartige Betriebe schon von vornherein sozusagen herausgefiltert werden könnten.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) schlägt vor, einen Beschluß etwa folgenden Wortlauts zu fassen: Der Unterausschuß "Personal" hält den Bereich der Betriebsprüfung grundsätzlich für ausbaubedürftig. Sobald die von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten vorliegen, wird er sich mit ihrer konkreten Umsetzung befassen.

Abgeordneter Schittges (CDU) spricht sich dagegen aus, bevor die Gutachten vorlägen, einen Beschluß zu diesem Bereich zu fassen. Er macht ferner darauf aufmerksam, daß der Arbeitsmarkt keine fertig ausgebildeten Betriebsprüfer hergebe. Sollte das Personal also verstärkt werden, müßte verstärkt ausgebildet werden. Die Ausbildungskapazitäten an den Finanzschulen des Landes seien jedoch erschöpft.

Abgeordneter Walsken (SPD) äußert sich in gleichem Sinne und macht zusätzlich darauf aufmerksam, daß der Unterausschuß "Personal" in seiner heutigen Sitzung beschlossen habe, daß eben alle Ergebnisse des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik"

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
7. Sitzung

12.03.1991
stö-ro

vorgelegt werden sollten. Insofern werde Herr Kalenberg nach Erstellung des Gutachtens den Unterausschuß unterrichten. - Der Antrag wird gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Nach Abschluß der Einzelberatung empfiehlt der Unterausschuß dem Haushalts- und Finanzausschuß, den Personaletat entsprechend den Abstimmungen der heutigen Sitzung zu beschließen.

gez. Bensmann
Vorsitzender

Anlage

06.05.1991/16.05.1991/
240